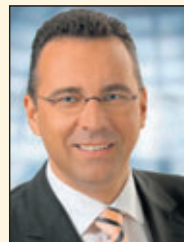


Gastkommentar

VON JOACHIM PFEIFFER (CDU-BUNDESTAGSABGEORDNETER)

Fakten zur Atom-Energie



Die Leserbriefsteller vom 19. und 20. August in dieser Zeitung zwingen mich förmlich dazu, die Fakten zum Thema Kernenergie nochmals sachlich darzustellen. Diese Fakten sprechen eine klare Sprache: Verbraucher und Unternehmen in Deutschland sind auf eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Zwar hat der Anteil der regenerativen Energien in den vergangenen Jahren erfreulicherweise deutlich zugenommen, aber ist Ihnen bekannt, dass nach wie vor der gesamte Grundlastbedarf an Strom in Deutschland zu 46 Prozent über die 17 deutschen Kernkraftwerke gedeckt wird?

Unser Ziel ist, bis zum Jahr 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Stromverbrauch auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen. Durch Effizienzsteigerungen, Investitionen in bestehende Kraftwerke und Laufzeitverlängerung könnten wir weitere 30 Prozent CO₂-Strom produzieren, so dass wir dann etwa 60 Prozent klimafreundlichen Strom erzeugen können. Wissen Sie eigentlich, dass beim Bau von fossilen Kraftwerken in der Vergangenheit statt der 17 Kernkraftwerke der jährliche CO₂-Ausstoß in Deutschland heute um 150 Millionen Tonnen CO₂ höher wäre? Das entspricht dem Ausstoß des gesamten deutschen Straßenverkehrs. Ohne den Beitrag der Kernenergie könnten wir im Jahr 2020 lediglich die angestrebten 30 Prozent CO₂-freien Strom aus erneuerbaren Energien produzieren und hätten im Vergleich zu dem bereits heute bestehenden Anteil von 40 Prozent (16 Prozent erneuerbare Energien plus 24 Prozent Kernenergie) mit Zitronen gehandelt.

Das bedeutet: Würde es bei einem Ausstieg aus der Kernenergie bleiben, müssten wir die restlichen 70 bis 75 Prozent unseres Strombedarfs dann immer noch durch schadstoffreiche, fossile Energieträger abdecken. Dies wäre weder aus energiepolitischer Sicht noch aus umweltpolitischer Sicht vernünftig. Der Ausbau der erneuerbaren Energien kann nur Hand in Hand mit dem Ausbau von Speichern und Stromnetzen vorgehen und ist noch lange nicht so weit. Die Kernenergie soll nicht bestehende Strukturen zementieren, sondern den Weg in eine kohlenstoffarme Energiezukunft beschleunigen. Vor diesem Hintergrund versteht die Union den Beitrag der Kernenergie zur Stromversorgung als Brückentechnologie. Nicht mehr und nicht weniger. Statt die Energieträger gegeneinander auszuspielen, setzt die Union auf einen breiten Mix.

Ich finde es auch sehr erstaunlich, dass immer wieder behauptet wird, Atomstrom wäre der teuerste Strom aller Zeiten. Wissen Sie nicht, dass ohne eine Laufzeitverlängerung die Strompreise stärker ansteigen? Zu diesem Ergebnis kommt auch das Ökoinstitut. Die Studie erwartet kurzfristig einen preisdämpfenden Effekt von fünf bis zehn Euro je Megawattstunde. Der aus Gas gewonnene Anteil am Strom wird sich von heute rund 14 Prozent bis zum Jahr 2020 auf 20 bis 23 Prozent fast verdoppeln. Im Ergebnis wird die stärkere Nutzung von teurem Gas zur Stromerzeugung die Verbraucher mit mehreren Milliarden Euro zusätzlich belasten. Insofern kommt eine Laufzeitverlängerung auch den Verbrauchern und dem Mittelstand zugute. Ein vorzeitiger Ausstieg würde Kapital in Milliardenhöhe vernichten – zulasten der Umwelt, der Volkswirtschaft und der Menschen in unserem Land.

An dieser Stelle muss ich Ihnen auch ganz klar widersprechen: Eine Förderung im Bereich der Kernenergie fand bisher nur im Bereich der Forschungsförderung statt – mit etwa 18 Milliarden Euro Gesamtförderung. Eine „Subventionierung“ der kommerziellen Stromerzeugung durch Kernenergie hat es dagegen nie gegeben. Im Bereich der Erneuerbaren hingegen beläuft sich laut einer Schätzung des Rheinisch-Westfälischen Wirtschafts-instituts RWI die Höhe der gesamten Solarsubventionen auf inzwischen 77 Milliarden Euro, was gut die Hälfte der Kohlesubventionen wäre. Allein in diesem Jahr müssen die Stromverbraucher Mehrkosten von 26 Milliarden Euro für neu hinzukommende Solarmodule schultern.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen geht in seinen Berechnungen davon aus, dass in diesem Jahr Solarmodule mit einer Leistung von 6,6 Millionen Kilowatt (6600 Megawatt) neu auf deutsche Dächer und Freiflächen montiert werden. Im nächsten Jahr wird der Zubau voraussichtlich noch ansteigen. Fotovoltaik beansprucht die Hälfte der gesamten EEG-Förderkosten, liefert allerdings nur zehn Prozent des EEG-geförderten erneuerbaren Stroms. Zur gesamten Stromerzeugung trägt die Fotovoltaik sogar nur zu rund einem Prozent bei. Darüber hinaus belaufen sich die Stromentstehungskosten bei der Fotovoltaik auf rund 54 Cent/kWh, bei der Kernenergie hingegen nur auf 2,65 Cent/kWh. Hierbei



Der Hybridkühlturm des Kernkraftwerks Neckarwestheim (EnBW).

Foto: dpa

werden die Kosten für die Entsorgung und den sicheren Einschluss der radioaktiven Abfälle sowie für die spätere Stilllegung und den Abbruch der Anlagen jetzt schon laufend zurückgestellt. Mit anderen Worten: Bei der Kernenergie sind die Entsorgungskosten im Strompreis inbegriffen (internalisiert).

Wenn Sie sich mit der Position der Union beschäftigen haben, wissen Sie sicher, dass im Rahmen des Energiekonzepts geklärt wird, wie der volkswirtschaftliche Nutzen von bis zu 250 Milliarden Euro, den die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke mit sich bringt, den Verbrauchern zugute kommt, den Wettbewerb nicht negativ beeinträchtigt sowie die Speicherung und Netzintegration der erneuerbaren Energien verbessert. Zu diesem Zweck werden wir einen Großteil des zusätzlichen Ertrages umschichten. Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung der Gewinnabschöpfung – denkbar wären beispielsweise das Anlegen eines Fonds, die Gründung einer Stiftungsanstalt oder die Einbringung in eine Gesellschaft – muss in das Gesamtkonzept eingebettet sein.

Im Übrigen werden in Deutschland seit rund 45 Jahren Kernkraftwerke sicher und zuverlässig betrieben. Das deutsche fehlerverzeihende Sicherheitskonzept, basierend auf mehrfach vorhandenen Sicherheitssystemen und fortwährenden Nachrüstungen, hat sich bewährt. Durch sicherheitstechnische Nachrüstungen der Anlagen in Milliardenhöhe entsprechen die Kernkraftwerke unabhängig vom Datum ihrer Errichtung einem hohen Sicherheitsstandard. Für alle deutschen Kernkraftwerke gelten die gleichen hohen Sicherheitsanforderungen, egal ob eine Anlage erst 15 oder bereits 30 Jahre alt ist. In der Kernenergie-Verständigung hat die rot-grüne Bundesregierung bestätigt, dass die Kernkraftwerke auf einem international hohen Sicherheitsniveau betrieben werden. Daran hat sich nichts geändert.

Es ist selbstverständlich eine Frage der nationalen Verantwortung und der Generationengerechtigkeit, die Entsorgung radioaktiver Abfälle zu gewährleisten. In Deutschland hat man sich dazu entschieden, nicht den Weg der Wiederaufbereitung zu gehen und Transmutationsverfahren stehen bis heute noch nicht zur Verfügung, so dass wir um eine Endlagerung der radioaktiven Abfälle nicht herumkommen. Die entscheidende Frage ist dabei jedoch nicht, wo der Standort des Endlagers ist, sondern dass der Standort als Endlager geeignet ist. In Deutschland gibt es bereits mit dem Schacht Konrad ein genehmigtes Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, das sind rund 90 Prozent der in Deutschland anfallenden radioaktiven Abfälle. Zwei Drittel der Abfälle entfallen auf die Energieversorgungsunternehmen und ein Drittel auf den Bereich der öffentlichen Hand (Forschung, Kliniken etc.). Die Schachtanlage wird voraussichtlich im Jahr 2013 in Betrieb genommen. Das Endlager im Schacht Konrad ist der Beleg dafür, dass die Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle auch in Deutschland technisch lösbar ist. Darüber hinaus einigte man sich in den 1970er Jahren nach einem ausführlichen Auswahlverfahren auf Gorleben als möglichen Standort für das Endlager. Bis zum Jahre 2000 wurde der Salzstock in Gorleben ober- und unterirdisch auf seine Eignung untersucht.

Im Jahr 2000 wurde dann unter der rot-grünen Bundesregierung ein Erkundungsstopp zur Klärung konzeptioneller und sicherheitsrelevanter Fragen verhängt. Diese Fragen sind seit 2005 alle geklärt. Die Kosten der Offenhaltung des Salzstocks für

weitere Untersuchungen belaufen sich auf mittlerweile rund 1,5 Milliarden Euro. Alle bisher durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass derzeit sicherheitstechnisch und methodisch-konzeptionell keine Fakten gegen den Salzstock Gorleben als Endlager für hochradioaktive, wärmeentwickelnde Abfälle sprechen.

Endgültige Klarheit über die Eignung von Gorleben werden aber erst die weitere untertägige Erkundung und eine Langzeitsicherheitsanalyse liefern. Es gilt daher, das Gorleben-Moratorium zur Erforschung des Salzstockes Gorleben unverzüglich aufzuheben. Dabei ist es wichtig, dass persönliche Interessen keine Rolle spielen. Es geht hier darum, die Erkundungsarbeiten unvoreingenommen und ergebnisoffen fortzusetzen. Dies bereitet die Bundesregierung augenblicklich vor. Dabei werden wir ein transparentes Verfahren wählen, bei dem sowohl die Begleitung durch Experten als auch eine Beteiligung der Bürger gewährleistet ist.

Jetzt gilt es, keine Zeit zu verlieren. Die notwendigen Vorbereitungen für das weitere Verfahren der Asse müssen schnell getroffen werden, da für jede Lösungsoption nur ein eng begrenztes Zeitfenster zur Verfügung steht. Die Bundesregierung wird hier verantwortungsbewusst und zügig handeln. Gerade die Gegner der Kernenergie sind nicht an der Lösung der Endlagerfrage interessiert, da sie die ungelöste Endlagerfrage als Argument gegen die Kernenergie verwenden wollen. Diese rein politisch motivierte Verzögerungstaktik ist teuer und geht zulasten der nachfolgenden Generationen. Eine verantwortungsvolle Politik sieht meiner Meinung nach anders aus.

Es lässt sich festhalten: Die Kernenergie ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Kernenergie und Erneuerbare sind zwei Seiten einer Medaille. Selbst in konjunkturell schwierigen Zeiten der Wirtschaftskrise hat die Kernenergie den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht behindert und wird es auch in Zukunft nicht, solange Strom aus Erneuerbaren Energien einen unbegrenzten Einspeisevorrang hat. Genau dieser unbegrenzte Einspeisevorrang ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP fest vereinbart.

An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir weltweit gerade eine Renaissance der Kernenergie erleben. Etliche Länder denken über den Bau von neuen Reaktoren nach, mehrere haben dies bereits beschlossen. In Deutschland wird hingegen über eine längere Laufzeit für die bestehenden Kraftwerke diskutiert. Vielleicht sollten Sie vor diesem Hintergrund darüber nachdenken, dass nicht die anderen Länder, sondern vielleicht wir falsch liegen.

Bis die komplette Energieversorgung in Deutschland durch regenerative bzw. erneuerbare Energieträger zuverlässig gedeckt werden kann, darf eine verantwortungsbewusste Regierung aus Gründen der Klimavorsorge, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit nicht auf sichere Kernkraftwerke verzichten. Dabei erkenne ich jedoch keineswegs das Potenzial der erneuerbaren Energien. Ziel ist es, dass die Erneuerbaren den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen. Auf diesem Weg werden in einem dynamischen Energiemix die konventionellen Energieträger kontinuierlich durch alternative Energien ersetzt.

Ich billige jedem Bürger eine eigene Meinung zu. Aber warum haben Sie den Verdacht, dass ich keine eigene habe bzw. jemandem verpflichtet bin? Ich bitte Sie, sich genauso ausführlich mit meinen Argumenten zu beschäftigen, wie ich es mit Ihnen getan habe, anstatt nur Teilaspekte zu betrachten.

SPD will mehr Gebäude sanieren

Kreisverwaltung: Wunsch ist bereits erhört worden

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED JÖRG NOLLE

Waiblingen. Die SPD-Kreistagsfraktion sieht sich in der Vorreiter-Rolle im Kreis bei den wichtigen Themen Klimaschutz und Energiekonzept. Auf Initiative von Kreisrat Gernot Gruber (Backnang) fordert die Fraktion von der Verwaltung die Vorlage einer Liste zur geplanten energetischen Sanierung der kreiseigenen Liegenschaften. Das Landratsamt wiederum sieht sich schon auf Vordermann gebracht. Im nächsten Verwaltungsausschuss werde die Liste vorgelegt.

Die energetische Sanierung schafft Arbeitsplätze, entlastet die Umwelt und über längere Zeit betrachtet auch die Kasse dessen, der was unternimmt. Das zu berechnen ist kein Hexenwerk mehr. Dazu gibt es Energieberater, die längst der Kreis auch in den eigenen Reihen hat. Und so fordert die SPD-Fraktion: Neben möglichen und geplanten Maßnahmen (z.B. Fassade, Dach, neue Fenster, effiziente Heizanlage) sollen in der Liste auch die Kosten, die Amortisationsdauer der Maßnahme und die CO₂-Einsparung enthalten sein. Dabei verweisen die Sozialdemokraten darauf, dass in Gebäuden 40 Prozent des Weltenergiebedarfs verbraucht wird.

Schnell wirkende Maßnahme

Im Weltklimabericht dem „IPCC-summary for policy-makers“ – der Zusammenfassung für Entscheider in der Politik heißt es: „Gebäudesanierung bei Altbauten und Wärmeschutz bei Neubauten ist eine der am schnellsten wirksamen Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung und es lohnt sich darüber hinaus auch wirtschaftlich.“ Gruber, ein Mathematiker, stützt sich dabei auch auf die Aussage von Johannes Milde, seit 2007 Vorsitzender des Bereichsvorstandes Bildung Technologies bei Siemens. Er ist verantwortlich für das globale Gebäudetechnik-Geschäft des Technologiekonzerns. Milde schlägt einen Gebäude-Tüv vor, der alle vier bis fünf Jahre überprüft, ob das Gebäude noch energieeffizient betrieben wird. Siemens hat Erfahrungen bei der Beratung der Stadt Berlin. Bei allen öffentlichen Gebäuden der Bundeshauptstadt seien erhebliche Einsparungen erzielt worden. Milde berechnet nach, dass sich die Kosten der Gebäudeschutzinvestitionen im Schnitt bereits nach vier bis fünf Jahren. Eine bessere Technik helfe, dass Städte 40 Prozent Energie sparen können, heißt es dazu in einem

Beitrag für die Frankfurter Rundschau. Die SPD-Kreistagsfraktion erinnert daran, dass die Kreisverwaltung 2007 vorgeschlagen hatte, jährlich über drei Millionen Euro oder ein Prozent der Kreisumlage in die Gebäudesanierung zu investieren. „Investitionen in die Sanierung der kreiseigenen Gebäude haben Vorbildcharakter und sind eine wichtige Förderung für Handwerk und Wirtschaft“, schreibt Gruber. SPD-Fraktionschef Karl-Otto Völker (Schorndorf) weist darauf hin, dass es gerade angesichts der schwierigen Finanzlage der öffentlichen Haushalte Informationen brauche. Nur auf dieser Basis könnten die Folgen für den aufzustellenden Haushalt abgeschätzt werden. Bei der Diskussion des Haushaltsentwurfs für 2010 des Kreises unterstützte der SPD-Sprecher und Rudersberger Bürgermeister Martin Kaufmann den Vorschlag der Verwaltung, die Kreisumlage auf 36 Prozent festzusetzen. Freilich unter der Bedingung, dass unter anderem die Streichungen bei den Energiekonzepten zurückgenommen werden. Für die Grünen war die Senkung auf 36 Prozent nicht akzeptabel. Deshalb fehlten, so Fraktionsvorsitzender Willi Halder, „zwei Millionen für die energetische Sanierung von Gebäuden“. Der Kreis solle sich antizyklisch verhalten und das Geld für die Gebäudesanierung über Schulden finanzieren. Landratsamtssprecher Steffen Becker reagiert auf unsere Anfrage auf die Forderung der SPD. Die Liste sei schon erstellt und werde in der kommenden Sitzung des Verwaltungsausschusses präsentiert. Sie könne freilich nicht schon jetzt aus den Händen und an die Presse gegeben werden. Erst seien die Räte zu unterrichten.

Kompetenz im Haus

- Im Rems-Murr-Kreis haben 2009 zwei Anlaufstellen ihre Arbeit aufgenommen, um „Kompetenz in Sachen Klimaschutz deutlich zu stärken“.
- Die **Geschäftsstelle Klimaschutz** koordiniert Maßnahmen im Landkreis. Sei's die energetische Sanierung von kreiseigenen Liegenschaften und die Versorgung mit Ökostrom. Mit Veranstaltungen wie dem Forum Bürgersolaranlagen setzt der Kreis „Impulse für einen bürgerschaftlich verankerten Klimaschutz“.
- Die **Energieagentur Rems-Murr GmbH** berät „produktneutral“ Bürger, Betriebe und Kommunen in Fragen zu Energieeinsparungen, erneuerbaren Energien und Fördermitteln. Die Erstberatung ist kostenlos.



Burgstetten-Kirschenhardtthof	Pension Römerhof Besenstube Familie Treftz 71576 Burgstetten-Kirschenhardtthof Tel. (0 71 91) 9 58 00	Besenstube öffentl., Do.-So. ab 11 Uhr, schwäb. Küche, Haxen, Rostbraten, Maultaschen aus eigener Herstellung, So. Schweinelemden und Rindsrouladen. Sommergarten; Reserv. mögl.
Esslingen-Waldenbronn	Hahn's Most- und Weinbesen Talstraße 186 73732 Esslingen-Waldenbronn Tel. (07 11) 37 63 94	Geöffnet vom 19.8. bis 12.9.2010 täglich von 11 - 22 Uhr tägl. wechselnder Mittagstisch www.Hahns-Mostbesen.de
Kernen-Stetten	Weingutsausschank Eißele Grundacker 10 71394 Kernen-Stetten Tel. (0 71 51) 4 21 63 / 4 24 99	Geöffnet v. 6. August - 5. September 2010, Di. - Fr. ab 14 Uhr, Sa. + So. ab 11 Uhr, Mo. Ruhetag. Gartenterrasse geöffnet -- Sommer-Speisekarte. Wir freuen und auf Ihren Besuch
Kernen-Stetten	Weinbau G. & W. Felden Albert-Moser-Straße 102 71394 Kernen-Stetten Tel. (07151) 42538, (0172) 8786314	Geöffn. v. 28. 8. bis einsch. 12.9., kein Ruhetag! tägl. ab 14h, Sa./So. ab 12h, Mi./Do. Brustrippe a.d. Sud, Fr. Grillhaxen, Sa.+So. Würzbraten, Sommerkarte, Gartenwirtschaft. www.besentradition-felden.de
Korb	Zorn Korber Besa, Inh. C. Haenelt Kirchstraße 13, 71404 Korb Tel. (0 71 51) 3 68 81 66 www.zornkorberbesa.de	Geöffnet ab 29.8.2010, Mo.-Fr. von 11 - 23 Uhr, Sa. von 15 - 23 Uhr, So. von 11-21.30 Uhr. Mo. - Fr. wechselnder Mittagstisch.
Weinstadt-Beutelsbach	Weinstube Dobler Eberhardstraße 18/1 71384 Weinstadt-Beutelsbach Tel. (071 51) 66 04 37	Vom 30.8. bis 18.9. geöffnet, täglich von 11-23 Uhr, Sonntag Ruhetag. Täglich wechselnde Tagesessen. Anmeldung zum 5-Gänge-Menü am 5./6. November noch möglich
Weinstadt-Endersbach	d'r Käppeles Besa, Weingut Schwegler Weinbergstraße 82 71384 Weinstadt-Endersbach Tel. (0 71 51) 61 09 83	„Hofbesen“ vom 19. bis 29. August 2010, Mo. bis Sa. ab 16 Uhr, Sonntag von 11 bis 22 Uhr. Kein Ruhetag! Sonntags „Schlegels“ Weißwürste

Besenwirte aufgepasst! Im wöchentlich erscheinenden Besenkalender sollte auch Ihr Eintrag nicht fehlen. Tel. (07151) 566-317, Fax (07151) 566-400.